

Amts- und Anzeigengeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Wochenpreis vierteljährlich M. 3.00 einschließl. des Postzuschlags. Unterhaltungsblätter in der Geschäftszeit, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberfüßengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterfüßengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 20 Wg., auswärts 25 Wg. Im Reklameteil die Zeile 50 Wg. Im amtlichen Teile die gewöhnliche Zeile 50 Wg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 110.

Nr. 211.

Freitag, den 12. September

1919.

Molkeneiweißpreise.

Vom 15. September 1919 an gelten für Molkeneiweiß mit einem Wassergehalt von höchstens 68 v. H. folgende Herstellerhöchstpreise:

- a) für unverarbeitetes Molkeneiweiß 107 M.
 - b) für gewalztes Molkeneiweiß 135 „
- je für 50 kg.

Die Kommunalverbände haben, soweit Molkeneiweiß in ihrem Bezirke zum Ver-

kauf gelangt, Höchst- oder Richtpreise für den Kleinhandel und nötigenfalls auch für den Großhandel mit Molkeneiweiß festzusetzen und bekanntzumachen. 2293 V L A V Dresden, den 9. September 1919. 9903

Wirtschaftsministerium.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates

findet Freitag, den 12. September 1919, abends 6 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses statt. Die Tagesordnung ist am Aufschlagbrett im Rathause ersichtlich. Schönheide, am 10. September 1919.

Der Gemeindevorstand.

Deutschland und Oesterreich.

Wenn Deutschland den ihm aufgezwungenen Frieden schließlich unterzeichnen mußte, so konnte das auf 6 Millionen Bewohner zusammengeschnitzene Oesterreich sich noch viel weniger weigern, durch das harte Joch dieser unerfüllbaren Forderungen zu schreiten. Und sie sind tatsächlich nicht zu verwirklichen. Das neue Oesterreich, das zum großen Teil aus malerischen Gebirgslandschaften besteht, ist ein Bild der Schönheit, aber es fehlen darin die bitternotwendigen Lebensbedingungen für Landwirtschaft, Handel und Industrie. Von den Einnahmen des Friedensverkehrs, wenn derselbe wieder in Blüte steht, die Milliarden Kriegsschuldungen zu bezahlen, ist ganz unmöglich, das arme Land wird schon die größte Mühe haben, seine Verwaltungs- und Verkehrsarbeiten aufzubringen. Die Entente weiß wohl selbst nicht, wie die geforderten Gelder aufgebracht werden sollen, und es wird sich zu zeigen haben, ob sie, wenn sich die österreichische Zahlungsunfähigkeit ergibt, das Land in Zwangsverwaltung übernehmen will. Den Oesterreichern ist von allem Glanz der habsburgischen Monarchie nichts weiter geblieben, als das letzte bühnen Hoffnung, ohne das der Mensch nicht mehr existiert, sondern nur noch vegetiert.

Die Entente hat die in Aussicht genommene Vereinigung von Deutschland und Oesterreich unterjocht. Trotzdem ist die Erwartung groß, daß sich die Verhältnisse einmal mächtiger erweisen werden, als die Bestimmungen eines beschriebenen Bogens Papier, daß die Deutschen an der Donau sich mit denen der Roxel und Ober vereinigen werden. Aber wenn darf dabei die obwaltenden Schwierigkeiten nicht vergessen. Die Vereinigung von Deutschland und Oesterreich würde die österreichische Kriegsschuldung Deutschland auf die Schultern wälzen, das selbst auf das schwerste von den eigenen Lasten zu tragen hat. Wir bringen heute nicht einmal die Wiederaufrichtung des eigenen Vaterlandes fertig und können also noch weniger den Aufbau Oesterreichs garantieren. Trotz alledem kann man auf die Zukunft bauen, nur ist die unbedingte Voraussetzung davon die reistliche Einkehr des deutschen Volkes.

Es läßt sich schwer absehen, was bis dahin nicht alles an Oesterreich herantreten kann. Italien, das alles aufgeboden hat, den habsburgischen Nachbar zu zertrümmern, ist heute sehr geneigt, das was davon übrig geblieben ist, in den von ihm geplanten Bund der Enttäuschten und Besiegten einzuziehen. Die Reizung, in diese Hand einzuschlagen, wird in Wien gewiß nicht groß sein, aber in Rom hat man allerlei Vordrucke, die bei der bedrängten Lage Oesterreichs nicht unterschätzt werden dürfen. Natürlich könnte das erst später in Betracht kommen. Näher liegt eine Verständigung mit Ungarn, obwohl die Sympathien zwischen Wien und Budapest gering sind. Aber Ungarn sitzt ebenso tief in der Lunte wie Oesterreich, und am Ende sind sie doch auf einander angewiesen bei den Verwicklungen, die an ihren Grenzen drohen. Denn die Mißgunst zwischen Tschecho-Slowaken, Polen, Rumänen, Serben-Südslawen wird von Tag zu Tag deutlicher, und alle Drohungen des Obersten Rats der Entente werden noch lange keinen dauernden Frieden garantieren.

Der Friedensvertrag von Versailles hat seine festen Verhältnisse im Osten geschaffen, und auch der Vertrag von St. Germain, der für Oesterreich gilt, wird das nicht tun, denn die Leidenschaftlich-

keit jener östlichen Nationen wird für die Dauer papierne Abmachungen nicht garantieren. Daran ist auch die Leitung der deutschen und österreichischen Politik für die Zukunft nicht leicht, die Vorgänge in Polen, im Baltikum, in Ungarn und im Adriagebiete haben gezeigt, wie schnell Zwischenfälle kommen können. Es geht nicht ohne Selbständigkeit und ohne Zählungnahme von Berlin und Wien mit einander, wenngleich beiden Staaten von Paris aus die natürliche und darum auch in der Zukunft liegende Vereinigung unterjocht worden ist.

Wm.

Die Mißwirtschaft der A- und S.-Räte.

Eine Denkschrift des Reichsfinanzministeriums.

Auf mehrfaches Drängen der Nationalversammlung hat das Reichsfinanzministerium jetzt endlich eine Denkschrift über die Finanzgebarung der Arbeiter- und Soldatenräte bis zum 31. März 1919 herausgegeben. Viele Angaben sind nicht vollständig, auch das völlige Fehlen von Angaben wird wiederholt vermerkt. Aus der Denkschrift geht hervor, wie skrupellos mit dem Geld der Steuerzahler gewirtschaftet worden ist.

Die Ausgaben betragen für das Besatzungsheer rund 84 Millionen Mark, für das Feldheer rund 8 Millionen Mark, zusammen 92 Millionen Mark. Diese Summe gliedert sich in folgende Einzelbeträge: 1. Kosten, die sich in Grenzen der Festsetzungen der Reichsregierung für den persönlichen und sachlichen Aufwand der Räte halten, rund 18 Millionen Mark. 2. Mehrkosten durch Zahlung höherer Gehälter, Ausgaben für Parteizwecke und andere nicht zulässige Ausgaben rund 37 Millionen Mark. 3. Verluste durch widerrechtliche Aneignung oder Verschleuderung von Heeresgut rund 35 Millionen Mark. 4. unverrechnete Vorschüsse 2 Millionen Mark.

Bei der Marine sind für diesen kurzen Zeitraum als feststehende Ausgaben angemeldet: 2 172 215 Mark. Der Chef der Admiralität schätzt indes die Gesamtkosten auf annähernd 10 Millionen Mark. Von den feststehenden Ausgaben werden 635 882 Mark als Mehrkosten durch höhere Gehälter, für Parteizwecke usw. und 186 701 Mark als Verlust durch widerrechtliche Aneignung oder Verschleuderung von Heeresgut, 11 040 Mark als unverrechnete Vorschüsse charakterisiert.

Bei der Post wurde die Herausgabe von ungefähr 100 000 Mark erzwungen.

Die Reichsbankstellen einer großen Anzahl von Städten haben sich Eingriffe der A- und S.-Räte ohne vorhandene Deckung gefallen lassen müssen, so in Braunschweig (3 Millionen), Kolmstadt, Northelm, Posen, Neudölln, Stolp, Freiberg i. Br., Bruchsal, Achersleben und Weihenheim. Bei anderen Anstalten haben, zum Teil unter Gewaltandrohung, Abhebungen stattgefunden; so mußten in Spandau Schecks des A- und S.-Rates in Höhe von 200 000 und 600 000 Mark honoriert werden, ferner in Lübeck, in Denabrid (70 000 und 85 000 Mark), in Danau (30 000 und 70 000 Mark). In Saarbrücken wurde eine Million vom sogenannten Intendanten des A- und S.-Rates „beschlagahmt“. Der Betrag wurde später durch die Korpszahlungsstelle Strahburg überwiesen. Ähnliche Vorkommnisse werden aus Bittenberg, Marienburg, Wilhelm a. Rh. (74 637,33 Mark expekt), Köln, Grätz (Posen) gemeldet. Der Bericht zeigt, daß die Gelder größtenteils den bei Heeres-

teilen eingerichteten Soldatenräten zufließen und die Abhebungen späterhin durch die zuständigen Militärbehörden verrechnet worden sind.

Die Mitteilung über die den Bundesstaaten entstandenen Kosten könne auch ein vollständiges Bild geben, vor allem, da einige von ihnen noch keinerlei zahlenmäßige Angaben gemacht haben, z. B. Bayern, Sachsen, Hessen, Braunschweig. Die mitgeteilten Kosten belaufen sich auf etwa 22 Millionen, wovon allein auf Preußen rund 19 Millionen entfallen. Wenn allgemein gewaltsame Eingriffe in öffentliche Kassen in Abrede gestellt werden, so stehen dem nicht unerhebliche Erstattungsanträge solcher Kassen an das Kriegsministerium gegenüber, die sich auf erzwungene Zahlungen an Soldatenräte stützen.

Die halsbamtliche „Deutsche Allgemeine Zeitung“ macht darauf aufmerksam, daß der übermäßige und in seinen einzelnen Teilen nicht nachweisbare Verbrauch vielfach auf das Konto der Arbeiter- und nicht der Soldatenräte zu setzen ist.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Uebersiedelung der Nationalversammlung von Weimar nach Berlin ist beendet. Das Reichstagsgebäude ist wieder vollständig hergestellt worden. Am 23. September begannen die Beratungen der Ausschüsse im Reichstagsgebäude zu Berlin.

Sofortige Besetzung Oberschlesiens. Einer Reutersmeldung zufolge hat der Chef der alliierten Militärmission in Oberschlesien, der französische General Dupont, beschlossen, sofort ein Telegramm nach Paris zu schicken, in dem die Notwendigkeit einer Besetzung Oberschlesiens durch alliierte Truppen hervorgehoben wird. Diese Besetzung kann aus technischen Gründen nicht vor dem 20. September stattfinden. — Diese Meldung steht in schroffem Gegensatz zu der Auffassung der Berliner amtlichen Stellen über den Eindruck, den General Dupont in Oberschlesien gewonnen hat. Man ist hier überzeugt, daß der General die Dinge in Oberschlesien wirklich objektiv und sachlich beurteilt und daß seine Vorschläge dem Rechnung tragen. Eine deutsche Note, die vor einigen Tagen an die Entente gegangen ist, gab ein Bild von der wahren Lage in Oberschlesien und forderte eine Einwirkung auf die Polen, damit diese den Bandenüberfällen ein Ende machen und Oberschlesien zur Ruhe kommen lassen. Der angekündigte Gesandtschaftsbesuch zur Verteilung der Provinzialautonomie an Oberschlesien soll die preussische Landesversammlung gleich nach ihrem Zusammentritt beschäftigen.

Der Steuerreid. Zur Beseitigung der Steuerhinterziehungen ist auch die Einführung einer eidesstattlichen Versicherung in Aussicht genommen, die also bei Mißbrauch Zuchthausstrafe nach sich ziehen würde. So nötig scharfe Maßnahmen gegen die „Trüdeberger“ sein mögen, dem die angekündigten Geldstrafen sind noch kein Allheilmittel, so wird man doch sehr zu überlegen haben, ob die Einführung eines Steuerreides wirklich zu billigen ist. Es ist zu befürchten, daß die Heftigkeit und die Bedeutung des Eides, die in diesen bewegten Zeiten so wie so schwer geflitten hat, nicht noch mehr herabgesetzt wird, wenn jeder Steuerzahler mit weitem Gewissen sich von seiner Steuerpflicht losschwören kann. Als gegen die Schleichhändler Zuchthausstrafe verlangt wurde, ist diese Forderung bekämpft